

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 81 (2010)

Heft: 12: Heimkinder gestern und heute : was uns die dunklen Jahre lehren

Artikel: Jacqueline Fehr fordert bei Fremdplatzierungen mehr Mitwirkungsrechte : im Streitfall ein Anwalt für die Kinder

Autor: Steiner, Barbara

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-805564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jacqueline Fehr fordert bei Fremdplatzierungen mehr Mitwirkungsrechte

Im Streitfall ein Anwalt für die Kinder

Im Allgemeinen leisteten die Kinder- und Jugendinstitutionen heute gute Arbeit, sagt Jacqueline Fehr, SP-Nationalrätin und Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz. Handlungsbedarf ortet sie bei der Finanzierung von Fremdplatzierungen sowie bei der Vertretung der Kinderanliegen und der Partizipation der Kinder.

Von Barbara Steiner

Zuwartern, bis ein verhaltensauffälliger Jugendlicher kriminell wird, damit die Kosten der Fremdplatzierung die Gemeindefinanzen nicht belasten, weil dann die Justiz für ihn zuständig ist und der Kanton bezahlt – dieses Vorgehen sei absolut nicht zu rechtfertigen, komme aber doch immer wieder vor, kritisiert Jacqueline Fehr. In der Familienpolitik setzt die SP-Nationalrätin einen ihrer Schwerpunkte; mit dem Thema Fremdplatzierung befasst sie sich vor allem auch als Vorstandsmitglied der Pflegekinderaktion Schweiz sowie als Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz seit Längerem intensiv.

«Die heutige Kinderschutzpolitik ist eine Art von Fremdplatzierung in den Händen von Kinderschutzorganisationen.»

Ihrer Einschätzung zufolge ist die Art der Finanzierung von Fremdplatzierungen eine der Hauptursachen dafür, dass Behörden dem Wohl eines Kindes oder Jugendlichen nach wie vor nicht immer oberste Priorität einräumen, wenn es darum geht, eine Betreuungslösung ausserhalb der Herkunfts familie zu finden. Für Fehr steht fest: «Die heutige Finanzierung von Fremdplatzierungen setzt in den meisten Kantonen falsche Anreize. Hier ist eine Korrektur nötig. Nicht finanzielle Zwänge dürfen bei einem Platzierungsentscheid

«Die heutige Finanzierung von Fremdplatzierungen setzt in den meisten Kantonen falsche Anreize.»

ausschlaggebend sein, sondern pädagogische Überlegungen. Es gilt, im richtigen Moment die richtige Massnahme zu treffen, unabhängig davon, ob diese eher günstig oder teuer ist.» Gewähr dafür biete eine möglichst kollektive Verteilung der Kosten. Fehr verweist auf den Kanton Solothurn mit seinem fortschrittlichen Sozialhilfegesetz: Er bezahlt Fremdplatzierungen aus einem Topf, den die Bevölkerung mit Pro-Kopf-Beiträgen aufnet. Mit einer solchen Regelung lasse sich verhindern, dass eine Gemeinde wegen eines Heimaufenthalts zweier Geschwister den Steuerfuss erhöhen müsse – und sie und ihr Umfeld stigmatisiert würden.

Bei der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sparen zu wollen, sei letztlich sehr kurzsichtig, betont Fehr: «Erhält ein Kind die Möglichkeit, sich zu stabilisieren und Tritt zu fassen, startet es vielleicht mit einem schweren Rucksack ins Leben, aber es kann ihn tragen. Das erspart ihm viel Leid und kostet weit weniger als die Betreuung jener, die keine Aufmerksamkeit erhalten und deren Verletzungen nicht geheilt werden können.»

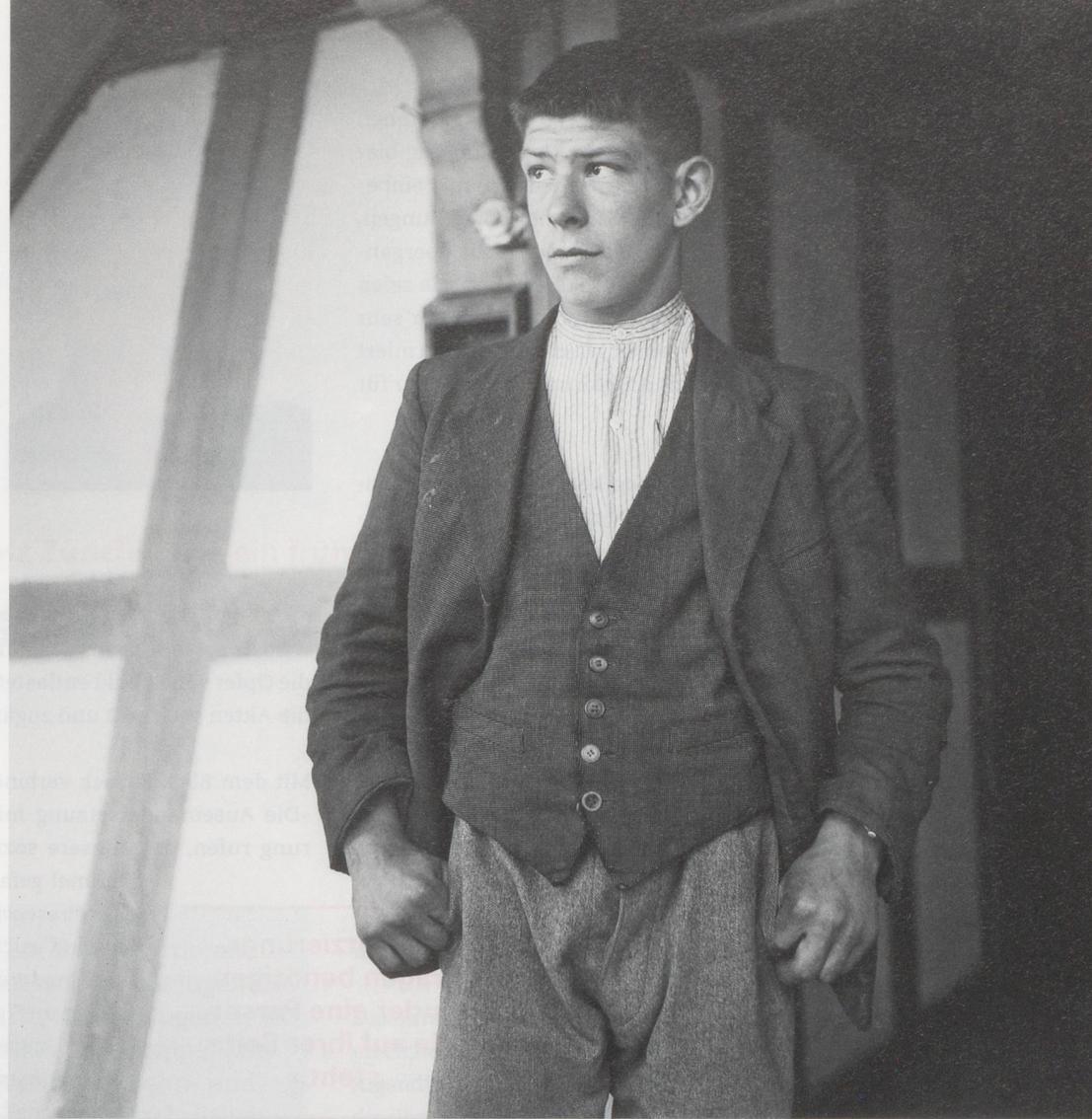
Dialog mit der Aussenwelt

Mit der Arbeit der Heime zeigt sich Fehr generell zufrieden – «wobei es grosse Unterschiede gibt», wie sie sagt. Die Öffentlichkeit schenke der Tätigkeit stationärer Kinder- und Jugendeinrichtungen nach dem Motto «Aus dem Sinn» nach wie vor relativ wenig Beachtung, es keine Skandale gebe. Der Gestaltungsspielraum verantwortlichen sei deshalb gross, die Reichtum beschränkt. Wohl erfüllten die Behörden Pflicht mit der Überprüfung von Konzepten und meldeten – Besuchen. Was aber oft fehle, sei

eine «dialogische Aufsicht» mit Fragen und Antworten, die eine Entwicklung in Gang setze, ein permanentes Reflektieren von Rollen und Aufgaben nicht nur intern, sondern auch im Dialog mit der Aussenwelt. Gefordert seien hier sicher die Heime selber: «Es liegt an ihnen, sich nicht als eigene, abgeschlossene Welt zu verstehen, sondern sich zu öffnen und aktiv über ihre Tätigkeiten zu informieren.» Im Gegenzug müssten sie dann aber auch darauf zählen können, dass sich die Gesellschaft – im Wesentlichen repräsentiert durch Behörden und Politik für ihre äusserst anspruchsvolle Aufgabe interessiere und ihre Arbeit würdige: «Letztlich ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auch der beste Schutz für die Kinder und Jugendlichen in den Heimen. Sie müssen oft mit schwierigen Lebensumständen zuretkommen und verdienen ein besonderes Mass an Achtsamkeit.» Wie gering diese heute noch sei, belegt für Fehr auch die Tatsache, dass in der Schweiz trotz ausgeprägter Statistikkultur

Zahlen zu Fremdplatzierungen weitgehend fehlen: «Niemand weiss, wie viele Kinder ausserhalb der Herkunfts-familie aufwachsen, wie viele Um- und Rückplatzierungen es gibt, wie viele Pflegeeltern Kinder aufnehmen und welche Ausbildung sie haben.»

Stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen stuft Fehr heute nicht mehr als Lebensräume ein, in denen Kinder und Jugendliche besonders gefährdet sind, Opfer von Missbräuchen oder Übergriffen zu werden. «Grundsätzlich ist jedes Umfeld ein potenzieller Gefährdungsraum – die leibliche Familie ebenso wie die Pflegefamilie, das kleine Heim und die grosse Institution. Entscheidend ist nicht die Form des Umfelds, sondern dessen Qualität und die Bedingungen, die dort herrschen.» Sehr heikel seien immer geschlossene Systeme. Dies könne ein besonders abgeschottetes Heim sein aber auch eine sehr religiöse Familie, die es einem Kind oder Pflegekind verwehre, ohne dogmatische Beeinflussung aufzuwachsen. Je mehr Einblick ein Umfeld gewähre, desto geringer sei in der Regel das Ge-



Verdingub während des Besuchs des Armeninspektors, Kanton Bern, 1940.

Foto: Paul Senn, FFV, Kunstmuseum Bern, Dep. GKS. © GKS.

fährdungsrisiko – wobei auch hier Ausnahmen die Regel bestätigten.

Im Streitfall Anwälte für die Kinder

Eine Bewertung der verschiedenen Fremdplatzierungsarten hält Fehr ohnehin für unangebracht: «Wichtig ist, dass es für jedes Kind und jeden Jugendlichen ein passendes Angebot gibt.» Im einen Fall könne es sinnvoll erscheinen, ein Kind in einer Pflegefamilie aufwachsen zu lassen. In einem anderen Fall benötige ein Jugendlicher die engeren Strukturen einer Institution, die ja nicht nur einschränken, sondern auch Sicherheit und Orientierungshilfen böten. Wichtig seien Stabilität und Kontinuität – so, wie dies auch bei der Betreuung durch leibliche Elternteile oder durch das Personal einer Krippe der Fall sei.

«In Platzierungsfragen benötigen Kinder eine Person, die auf ihrer Seite steht. Im Alltag muss diese Aufgabe der Beistand übernehmen. Beistände müssen sich stärker als heute als >>

Gesprächspersonen der Kinder und Jugendlichen verstehen und ihnen möglichst auch pädagogische Unterstützung bieten. Sie müssen die Kinder aktiv in die Prozesse mit einbeziehen und sicherstellen, dass die Wünsche, Vorstellungen, aber auch die Ängste und Fragen der Kinder nicht übergangen werden.» Sie höre regelmässig von Betroffenen, sie seien überhaupt nie nach ihrer Meinung gefragt und auch nur sehr spärlich über Sinn und Dauer einer Massnahme informiert worden. Dabei seien altersgerechte Erklärungen elementar für eine gesunde Entwicklung.

«Einfach das Geld verwalten und den Behördenverkehr abwickeln reicht nicht mehr», sagt Fehr. Dem gelte es in der Ausbildung als auch beim Festsetzen der Stellenbudgets Rechnung zu tragen. Wenn es um strittige Verfahrensfragen geht, soll das Kind zudem Anrecht auf einen speziell ausgebildeten Kinderanwalt haben, der ihm Gehör verschafft», zeigt sich Fehr überzeugt. In den Verfahren werde zu oft das Wohl der Eltern mit jenem des Kindes gleichgesetzt – dabei widersprüchen sich die Interessen oft. Was für das Kind gut sei, müsse nicht unbedingt das sein, was die Eltern wollten. Der zusätzliche Einbezug eines Kinderanwalts in strittigen Fragen diene allen, weil er klare Positionen ermögliche. Bisherige Erfahrungen zeigten, dass sich Platzierungen vereinfachten und zu stabilen Lösungen führten.

«Historische Last» wirkt nach

Dass heute nach wie vor Kinder in einem schädigenden Umfeld aufwachsen müssen, hat laut Fehr nebst den Finanzen noch weitere Gründe. Zum einen seien die Laiengremien bei Fremdplatzierungen schlicht überfordert: «Sie kennen das Angebot gar nicht, und es mangelt ihnen an der nötigen Erfahrung. Sie tun dann oft das Einfachste – und damit vielleicht gerade das Falsche.» Hier erwartet Fehr Verbesserungen vom neuen Erwachsenenschutzrecht, das eine Professionalisierung bringen soll. Zum anderen handelten oft auch Nachbarn, Lehrer und Bekannte viel zu spät, wenn sie vermuteten, ein Kind brauche Hilfe. «Die meisten wissen gar nicht, was sie tun könnten. Hier ist Aufklärung nötig.» Das Zögern sei aber auch vor dem historischen Hintergrund zu sehen: «Wir tragen relativ schwer an der Last früherer ideologisch bedingter, radikaler Fremdplatzierungen», sagt Fehr. Statt Armutspolitik zu betreiben, habe man Kinder aus den Familien gerissen und verdingt, unangepasste junge Menschen administrativ versorgt. «Jetzt haben wir Mühe, das richtige Mass zu finden: das Pendel schwingt zu stark in die andere Richtung, und ich verstehe die Heimleitungen und Pflegeeltern, die klagen, die Kinder kämen zu spät zu ihnen.»

Auch deshalb ist die Aufarbeitung der Heimgeschichte nach Ansicht Fehrs eine Chance: «Sie ist ja auch verbunden mit den Fragen, wie es gefährdeten und fremdplatzierten Kindern heute geht und was man den heutigen Verantwortlichen in 50 Jahren vorwerfen könnte.» Das Motiv, heute und künftig Leid zu verhindern, sei denn auch ein Motiv in früheren Zeiten Betroffener, jetzt hinzustehen und auf die Aufdeckung der Missstände zu drängen. Mit weiteren politischen Vorstössen



«Wir tragen relativ schwer an der Last früherer ideologisch bedingter, radikaler Fremdplatzierungen»:

SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr.

Foto: zvg

wird Fehr verlangen, dass die Geschichte aufgearbeitet und die Opfer von Schuld entlastet werden. Dazu gehört auch, dass die Akten gesichert und zugänglich sind.

Mit dem Blick zurück verbindet Fehr eine weitere Hoffnung: «Die Auseinandersetzung mit dem Thema sollte in Erinnerung rufen, dass unsere sozialen Absicherungen nicht vom

Himmel gefallen sind, sondern über schwierige Phasen hinweg hart erarbeitet wurden. Sie sind auch nicht einfach selbstverständlich, sondern müssen laufend politisch verteidigt und geschützt werden.» Der unsorgfältige Umgang mit den Errungenschaften sei gefährlich, meint Fehr: «Zerstört ist auch hier ganz schnell viel.» Konkret manifestiert sich die mangelnde Besinnung auf die Werte eines Sozialstaats beim Umgang mit den Kindern

der Sans-Papiers sowie in der Betagtenbetreuung. Die Gesellschaft profitiere von den Dienstleistungen überangepasster Sans-Papiers, bestrafte aber die Kinder durch eine massive Beschränkung ihrer Möglichkeiten. In der Alterspflege drücke man sich um die Bereitstellung ausreichender Ressourcen. «Hier werden wir vermutlich einmal viel Kritik zu hören bekommen.» ●

«In Platzierungsfragen benötigen Kinder eine Person, die auf ihrer Seite steht.»

Weitere Informationen:

www.kinderschutz.ch, www.jfehr.ch, www.kinderanwaltschaft.ch

Tagung zur Partizipation

Integras, der Fachverband für Sozial- und Sonderpädagogik, stellt die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei Fremdplatzierungsentscheiden ins Zentrum einer Tagung. Sie findet am 20. Januar 2011 in Olten statt.

Weitere Informationen:

www.integras.ch